



II-9584 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
MARIA RAUCH-KALLAT

GZ. 70 0502/35-Pr.2/93

A-1031 WIEN, DEN. 22. April 1993.....
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

4300 /AB

1993 -04- 23

zu 4326 /J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen haben am 25. 2. 1993 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 4326/J betreffend PVC-Verbotsverordnung für kurzlebige Produkte gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Kosten sind für die genannte Studie angefallen?
2. Welche Haltung bzw. Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur PVC-Problematik kann allgemein aus dieser Studie abgeleitet werden?
3. Kann aus dieser Studie ersehen werden, daß die österreichische Bevölkerung bereit wäre, ohne PVC-Produkte zu leben?
4. Welche Einstellung nimmt die österreichische Bevölkerung zu einem Totalverbot von PVC-Produkten ein?

- 2 -

5. Welche Ansichten und Einschätzungen der österreichischen Bevölkerung über die bisherigen Behördenaktivitäten zur "PVC-Problematik" läßt die Studie erkennen?
Welche Folgerungen leiten Sie im besonderen daraus ab?
6. Wie hoch ist der Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung, der von einer Untätigkeit der betroffenen Behörden im Zusammenhang mit der PVC-Problematik ausgeht?
Welche Konsequenzen sehen Sie darin?
7. Können Sie Auskunft über das bisherige Schicksal der beiden Entwürfe des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie betreffend ein Verbot kurzlebiger PVC-Produkte geben?
Welche Gründe gibt es, daß bis zum heutigen Verbot von PVC-Produkten noch nicht erfolgte?
Bei welchen Behörden liegt Ihrer Ansicht nach in diesem Zusammenhang Säumigkeit vor?
8. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in nächster Zeit setzen, um die in den beiden Entwürfen vorgesehenen Schritte zur Einführung eines PVC-Verbotes für kurzlebige PVC-Produkte umzusetzen?
- Sollten keine Schritte Ihrerseits ergriffen werden, welche Gründe führen Sie hiefür an?

ad 1

Die Kosten für die Studie "PVC - ein Reizwort - Studie zur umweltpolitischen Bedeutung von PVC" beliefen sich auf öS 398.400,- inkl. MWSt.

- 3 -

ad 2

Aus dieser Studie konnte abgeleitet werden, daß das Thema PVC große öffentliche Breitenwirkung besitzt. Das Kommunikations- und Informationsproblem über PVC, das als Synonym für Plastik und Kunststoffe angesehen wird, ist bei der österreichischen Bevölkerung deutlich ausgeprägt. Da vielfach Informationen fehlen, hängt dieses Umweltproblem von der eigenen und der Interpretation der "Meinungsmacher", der Medien, der Anbieter und Hersteller etc. ab.

ad 3

Zwei Drittel aller Befragten sind der Meinung, daß man ohne PVC auskommen kann. Allerdings ist jeder Vierte der Befragten der Meinung, daß PVC bei vielen Produkten nicht verzichtbar ist. Bei diesem Punkt spielt jedoch die Frage der Wirtschaftlichkeit eine sehr entscheidende Rolle. Es stellte sich aber heraus, daß die Befragten bis zu 30 Prozent mehr für Substitutionsprodukte bezahlen würden. Generell ist dazu auszuführen, daß trendmäßig eine Bereitschaft, auf PVC zu verzichten besteht und Alternativen gewählt werden, auch wenn diese teurer sind.

ad 4

Mehr als die Hälfte aller Befragten spricht sich für ein Verbot von PVC aus. Dies vor allem deshalb, weil in den Augen der Befragten ein Verbot die Entwicklung von Substitutionsprodukten und Alternativen beschleunigen würde. Etwa 35 Prozent sind dagegen, der Rest ist unentschlossen.

- 4 -

ad 5

Die Studie läßt insbesondere ein Informationsdefizit (siehe die Antwort zu Frage 2) bei zwei Drittel aller Befragten erkennen.

Darüberhinaus fordert ein Großteil der Befragten einen schrittweisen, jedoch sehr konsequenten Ersatz von PVC, vor allem bei kurzlebigen Produkten. Kein einziger der Befragten befürwortete, PVC wie bisher in vollem Umfang einzusetzen.

ad 6

Die Frage wurde in der Studie nicht in dieser Form gestellt und kann daher nicht beantwortet werden.

ad 7

Es wurde bisher lediglich ein Entwurf zur Begutachtung ausgesendet und - nach gründlicher Überarbeitung - am 23.9.1991 von meiner Amtsvorgängerin genehmigt. Diese Verordnung wurde Ende September 1991 dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt. Aufgrund der Widerstände der betroffenen Wirtschaftskreise wurde das Einvernehmen zu dieser Verordnung vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten jedoch bis jetzt nicht hergestellt.

- 5 -

ad 8

Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß PVC-Produkte, insbesondere im Einwegbereich, sukzessive zu ersetzen sind. Ich habe dies bei der Pressekonferenz zum Thema "4 Jahre Chemikaliengesetz" am 19. Februar dieses Jahres deutlich zum Ausdruck gebracht. Darüberhinaus bin ich der Meinung, daß PVC im Spielzeug generell verboten werden soll und bin diesbezüglich auch an den zuständigen Minister Dr. Schüssel herangetreten.

Darüberhinaus halte ich es aber für notwendig, auch andere Instrumente zur Lösung der mit PVC verbundenen Problemstellungen zu prüfen, da mit Verboten allein die Umweltprobleme in der Regel nicht gelöst werden können.

A handwritten signature in black ink, reading "Maria Fuchs-Kabat". The script is cursive and fluid, with the first name "Maria" and the last name "Fuchs-Kabat" clearly distinguishable.